

Mitglieder

Dr.med. Carmen Klockow	Freie FRAKTION	nicht entschuldigt
Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Annina Beck	DIE aNDERE	nicht entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	nicht entschuldigt
Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	entschuldigt
Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.03.2024

- 6 Informationen des Jugendamtes

- 6.3 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt und zur Stellenbesetzung im Jugendamt allgemein

- 12 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung

- 12.2 Aussprache Berichterstattung Presse bzgl. Allgemeiner Sozialer Dienst

- 12.1 Besetzung Jugendamtsleitung - Anhörung Jugendhilfeausschuss

- 6 Informationen des Jugendamtes

- 6.3 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt und zur Stellenbesetzung im Jugendamt allgemein

- 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

- 5 Termin des Jugendhilfeausschusses für Juni (20.06.2024)

- 6 Informationen des Jugendamtes

- 6.1 Bericht zu Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts

- 6.2 Sachstand zur Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie

- 6.4 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

- 6.5 Einhaltung TVÖD SuE im Rahmen der LQEV

- 6.6 Sachstand zur Beantwortung des Anschreibens der Liga zur Kita-Personalverordnung

- 6.7 Sachstand Verhandlungen Hilfen zur Erziehung (Flexible Hilfen, Familienberatungsstellen)

- 6.8 Sachstand zur Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe

- 6.9 Sachstand Reaktivierung AG Kinderschutz

- 6.10 Sachstand zu Skaten unter der Humboldtbrücke

- 6.11 Ergebnis Machbarkeitsstudie Kantstraße/ Flächenprüfung Erweiterung Hannah-Arendt-Gymnasium (5)

- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

- 8 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 9 Anträge
- 9.1 Kinder- und Jugendportal 2025/2026
- 10 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 10.1 Anerkennung des Trägers FidL gGmbH gemäß § 75 SGB VIII 24/SVV/0439
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 10.2 Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 24/SVV/0462
2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS
Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling
- 11 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 12 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 12.1 Besetzung Jugendamtsleitung - Anhörung
Jugendhilfeausschuss
- 12.2 Aussprache Berichterstattung Presse bzgl. Allgemeiner Sozialer
Dienst

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen La-

ung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er informiert zur Tagesordnung darüber, dass diese um einen nicht öffentlichen Teil mit folgenden Tagesordnungspunkten ergänzt werde: 12 „Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung“, 12.1 „Besetzung Jugendamtsleitung - Anhörung Jugendhilfeausschuss“, 12.2 „Aussprache Berichterstattung Presse bzgl. Allgemeiner Sozialer Dienst“. Weiterhin schlägt er vor die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wie folgt nach dem Tagesordnungspunkt 3 anzupassen: 6.3 „Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt und zur Stellenbesetzung im Jugendamt allgemein“, 12 „Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung“, 12.2 „Aussprache Berichterstattung Presse bzgl. Allgemeiner Sozialer Dienst“, 12.1 „Besetzung Jugendamtsleitung - Anhörung Jugendhilfeausschuss“. Danach werde man in der Reihenfolge laut Tagesordnung fortfahren. Die Tagesordnungspunkte 6.10 „Sachstand zu Skaten unter der Humboldtbrücke“ und 10.2 „Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS“ entfallen, da keine Vertreter zur Einbringung anwesend sein können.

Herr Reimann stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihm zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.03.2024

Herr Reimann bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 14.03.2024. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird mit 2 Stimmenthaltungen **angenommen**.

6 Informationen des Jugendamtes

6.3 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt und zur Stellenbesetzung im Jugendamt allgemein

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass der Verwaltung aktuell einige anonym Brandbriefe zugehen würden. Es sei aus seiner Sicht schwierig auf Anonymität zu reagieren. Es fehle die Möglichkeit mit den Personen in den Austausch gehen zu können. Der Personalrat habe intern deutlich gemacht, dass es gängige Wege in der Stadtverwaltung gebe, um mit Vorge-

setzen und dem Personalrat in Kontakt treten zu können. Herr Prof. Dr. Hafezi appelliert für die Zukunft daran, dass man diese Wege nutzen könne.

Man befinde sich aktuell in einer schwierigen Situation im Jugendamt, unter anderem wegen akuten Personalmangel im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes. Es sei jedoch ein Erfolg zu verzeichnen. Die notwendigen Stellen, die auch im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden seien, würden zur Verfügung stehen. Nichtsdestotrotz stünde man weiterhin vor der Herausforderung diese auch adäquat zu besetzen. Dies sei aktuell schwierig. Die personelle Situation im Jugendamt werde sich nachhaltig erst dann verbessern, wenn es gelinge in diesem Jahr auszuschreiben, zu besetzen und einzuarbeiten. Hierzu sei man in intensiven Gesprächen, auch mit dem Personalbereich. Man wolle neue Wege suchen, um mehr und schneller auszuschreiben, sich aber mit den Ausschreibungen nicht zu überfordern. Man müsse behutsam einarbeiten, um die bereits jetzt schon überlasteten Kolleg*innen nicht zusätzlich zu belasten. Man wolle die Belastungen daher auf das Jahr 2024 verteilen. Man spreche von 15 Stellen, wovon 3 für den Krisendienst und 12 für den Allgemeinen Sozialen Dienst vorgesehen seien. Hier seien auch jeweils eine halbe Verwaltungsstelle vorgesehen, um die Regionalteams zu entlasten. Diese würden kurzfristig ausgeschrieben. Für die anderen Stellen bittet er um Geduld, denn man habe auch mit Fachkräftemangel in diesem Bereich zu kämpfen. Sozialarbeiter*innen seien rar. Abschließend bittet er darum schwierige Debatten intern und nicht extern zu führen. Eine negative Berichterstattung in der Presse schrecke potenzielle Bewerber möglicherweise ab. Dies drücke auch nicht die Wertschätzung gegenüber der bereits vorhandenen, hochengagierten Kolleg*innen im Jugendamt aus. Man brauche keine negativen Diskussionen, die dem Prozess schaden würden.

Frau Peters, Bereichsleiterin 232 Allgemeiner Sozialer Dienst der Landeshauptstadt Potsdam, ergänzt, dass für Ende April Bewerbungsgespräche angesetzt seien. Es habe lediglich 12 Bewerbungen auf die Stellen gegeben. Nach der Sichtung seien davon 7 übriggeblieben. 2 Bewerber*innen hätte ihre Bewerbung zurückgezogen. Sie sei sehr kritisch, weil sie lieber eine Runde mehr drehe, als voreilig zu besetzen. Dies sei sonst eine zu große Belastung für die vorhandenen Kolleg*innen. Bereits die letzte Bewerbungsrunde sei schon schwierig gewesen. Nur 2 neue Mitarbeiter*innen hätten gewonnen werden können, wovon sich eine intern beworben hätte. Es sei schwierig Personal zu finden, dass den Job mit Lust ausübe und eine geeignete Fachexpertise mitbringe. Andere Verwaltung um die Landeshauptstadt Potsdam herum (zum Beispiel Berlin, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming) seien ebenfalls auf der Suche nach Fachkräften. Momentan sei man in der Planung Werbeveranstaltungen an der Fachhochschule zu veranstalten und Dualstudierende und Werkstudentinnen an die Stadtverwaltung zu binden. Dies sei ein guter Weg für Nachwuchsgewinnung.

Herr Reimann bittet darum im nächsten Jugendhilfeausschuss erneut darüber zu berichten.

Anschließend leitet er über zum Tagesordnungspunkt 12 des nicht öffentlichen Teils und bittet darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

12 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung

12.2 Aussprache Berichterstattung Presse bzgl. Allgemeiner Sozialer

12.1 Besetzung Jugendamtsleitung - Anhörung Jugendhilfeausschuss

6 Informationen des Jugendamtes

6.3 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt und zur Stellenbesetzung im Jugendamt allgemein

Im Anschluss an den nicht öffentlichen Teil zu diesem Thema berichtet Herr Reimann, dass man sich verständigt habe, dass Herr Prof. Dr. Hafezi ein paar Sätze im öffentlichen Teil sagen werde.

Herr Prof. Dr. Hafezi wolle morgen die Kolleg*innen anschreiben, um zu informieren, was im nicht öffentlichen Teil besprochen worden sei. Er habe mit Frau Peters abgestimmt, dass es bald ein Dienstgespräch mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst geben werde und man in die Regionalteams gehen werde. Man wolle die Themen, unabhängig vom Brandbrief, dort besprechen.

Frau Dr. Kletzing, Fachbereichsleiterin 53 Personal und Organisation der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 1). Ab Mai 2024 sei eine dauerhafte Stellenausschreibung für den Fachbereich 23 Kinder, Jugend und Familie angedacht.

Anlage 1 Anlage 1 zur Niederschrift öffentlich vom 18.04.2024 - TOP 6.3 (öffentlich)

4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Radon berichtet, dass man sich beim letzten Treffen des Kreisschülerrates zu folgenden Themengruppe zusammengefunden und diese bearbeitet habe: Kommunalwahl, um mehr Teilnehmende zu motivieren und Rechtsextremismus mit Videoprojekt. Er bedankt sich weiterhin bei allen Teilnehmenden des Realtalk 2024 – Jugendliche treffen Politik, am 15.03.2024.

5 Termin des Jugendhilfeausschusses für Juni (20.06.2024)

Herr Reimann informiert, dass eine weitere Sitzung am Donnerstag, den 20.06.2024 stattfinden solle. Er bittet um Abstimmung. Es erhebt sich kein Widerspruch und wird einstimmig

angenommen.

6 Informationen des Jugendamtes

6.1 Bericht zu Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts

Frau Peters führt zum Tagesordnungspunkt ein. Man sei insgesamt bereits auf einem sehr guten Weg, die Änderungen anzuschieben und umzusetzen. Man warte dringend auf das geänderte Gesetz des Landes. Bezüglich der Verfahrenslotsen sei man aktuell in der Prüfung.

Herr Richter, kommissarischer Arbeitsgruppenleiter 2301 Strategie, Bildung und Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam, und Frau Elsaßer, Bereichsleiterin 234 Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam, berichten anhand einer Übersicht (Anlage 2).

Es wird vereinbart, dass der Tagesordnungspunkt erneut in der nächsten Sitzung behandelt werde, damit sich die Mitglieder anhand der erstellten Übersicht vorbereiten können.

Anlage 1 Anlage 2 zur Niederschrift öffentlich vom 18.04.2024 - TOP 6.1 (öffentlich)

6.2 Sachstand zur Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie

Zu dem Tagesordnungspunkt wurde inhaltlich unter dem Tagesordnungspunkt 12.1 „Besetzung Jugendamtsleitung - Anhörung Jugendhilfeausschuss“ berichtet.

6.4 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Frau Peters berichtet, dass man aktuell in Verhandlungen zur Dienstvereinbarung sei. Herr Prof. Dr. Hafezi ergänzt, dass die Gespräche zwischen dem Personalrat und der Dienststelle vertraulich seien und man daher keine Details berichten könne.

Anschließend wird von einigen Ausschussmitgliedern kritisiert, dass die Verhandlungen schon sehr lange laufen würden und eine Einigung dringend notwendig wäre. Herr Reimann schlägt vor, dass man auch als Jugendhilfeausschuss im Zweifelsfall Hilfe anbieten könne, um den Prozess zu beschleunigen.

6.5 Einhaltung TVÖD SuE im Rahmen der LQEV

Herr Bauch, kommissarischer Arbeitsgruppenleiter 2364 Zuschüsse und Zuwendungen der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass die Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen (LQEV) Ende 2022 für 2023 und 2024 abgeschlossen wurden. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine abschließenden Ergebnisse zu den Verhandlungen zum Tarifvertrag 2023/2024. Doch man habe schon damals den freien Trägern so viel wie möglich in den Verträgen ermöglicht - das beste im Sinne des Haushaltes. Nachteil sei, dass es sich um einen Vertrag handle und man keine finanziellen Nachschuboptionen habe. Vorteil sei, dass die freien Träger eine Sicherheit für 2 Jahre hätten.

In der anschließenden Diskussion wird das Verfahren kritisiert. Es mit Herrn Ströber vereinbart, dass er das Thema erneut im Unterausschuss Jugendhilfeplanung behandeln werde. Man werde dann erneut im Jugendhilfeausschuss zu den Entwicklungen berichten. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

6.6 Sachstand zur Beantwortung des Anschreibens der Liga zur Kita-Personalverordnung

Frau Elsaßer, Bereichsleiterin 234 Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass man eine Antwort in der letzten Woche seitens der Stadtverwaltung versendet habe. Vorab sei ein Austausch mit dem Städte- und Gemeindebund sowie den kreisfreien Städten notwendig gewesen. Man könne die Fragestellungen der Liga sehr gut verstehen, sei jedoch, aufgrund der Formulierungen nicht der richtige Adressat. Regelungslücken etc. hätten nicht oder nur bedingt, teilweise durch die Angebote des Landes indem sie mehrere Runden gedreht hätten, mit einem unterstützenden Partner abgeräumt werden können. Daher sei das Antwortschreiben so formuliert worden, dass unterstützend zugesagt wurde sich für eine rechtssichere, angemessen finanzierte und qualitativ zu begrüßende Praxis einzusetzen. Als öffentlicher Träger der Jugendhilfe müsse man auf Konnexität setzen. Diese sei möglicherweise nicht gesichert. Deshalb muss man sich fragen, ob die Rechtsverordnung rechtssicher und alltagstauglich sei. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport biete am 24.04.2024 aufgrund der vielfältigen Signale von allen Seiten ein Fachgespräch an. Es werde insbesondere um ordnungs- und finanzrechtliche Problemlagen gehen. Die Landeshauptstadt Potsdam werde vertreten sein. Es gebe bereits die Aussicht auf einen Folgetermin.

6.7 Sachstand Verhandlungen Hilfen zur Erziehung (Flexible Hilfen, Familienberatungsstellen)

Frau Peters berichtet, dass man den freien Trägern den fachlich-inhaltlichen Teil zur Verfügung gestellt habe und man sich am 22.04.2024 in einem gemeinsamen Termin dazu verständigen werde.

In der anschließenden Diskussion wird seitens der Ausschussmitglieder deutlich der Prozess der letzten Monate bezüglich der Kommunikation und damit der nicht möglichen Planungssicherheit für die freien Träger kritisiert.

Es wird vereinbart, dass man sich am 07.05.2024 im Zuge der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Hilfen zur Erziehung verständigen werde. Herr Prof. Dr. Hafezi kündigt an, dass man einen Vorschlag machen werde und er sei zuversichtlich, dass eine Perspektive gefunden werden könne. Es hänge von den Eckdaten des Haushaltes ab Mai

2024 ab. Eine auskömmliche Finanzierung sei jedoch wichtig, das sei ihm bewusst. Das Jahr 2025 könne also am 07.05.2024 geplant werden, danach gehe man in die Langfristplanung.

6.8 Sachstand zur Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe

Herr Richter, kommissarischer Arbeitsgruppenleiter 2301 Strategie, Bildung und Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet zu den von Herrn Ströber in der Sitzung vom 14.12.2023 und 15.02.2024 gestellten Fragen:

1. Wie kann sichergestellt werden, dass die Kooperation Schule / Jugendhilfe, wie im Rahmenkonzept beschlossen, auf konstruktiv hohem Niveau weitergeführt werden kann?

Die konstruktive Fortführung der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe werde zurzeit im Fachbereich 23 Kinder, Jugend und Familie geprüft. In der nächsten Sitzung der Lenkungsgruppe werde hierzu ggf. ein Vorschlag unterbreitet.

2. Wie kann sichergestellt werden, dass aus dem Bereich Bildung- und Sport die Besetzung der 2. Koordinierungsstelle zeitnah erfolgen kann?

Die Besetzung der zweiten Koordinierungsstelle sei abhängig von einer vorherigen Nachbesetzung im Fachbereich 21 Bildung und Sport. Die Nachbesetzung werde aktuell im Fachbereich 21 vorgenommen. Mit erfolgter Nachbesetzung könne die zweite Koordinierungsstelle für die Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe abgesichert werden.

3. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Stelle der Jugendhilfe, nahtlos ab März weiter besetzt bleibt?

Die Koordinierungsstelle aus dem Fachbereich 23 sei bis zum 31.12.2024 besetzt. Ab dem 01.01.2025 werde vom Fachbereich 23 weiterhin die nötige Personalressource für die Koordinierungsstelle zur Verfügung gestellt.

4. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Mitarbeit in der Lenkungsgruppe durch die Fachbereichsleitung gesichert wird?

Die Mitarbeit der Fachbereichsleitung 23 an der Lenkungsgruppe werde zunächst durch Herrn Richter im Auftrag von Herr Prof. Dr. Hafezi besetzt, bis die Neubesetzung der Stelle der Fachbereichsleitung erfolgt sei.

6.9 Sachstand Reaktivierung AG Kinderschutz

Herr Richter, kommissarischer Arbeitsgruppenleiter 2301 Strategie, Bildung und Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass es den Arbeitskreis Kinderschutz im Zeitraum von 2012 bis 2021 gegeben habe. Man habe am Ende festgestellt, dass die Arbeit in der Runde nicht zielführend genug sei. Es sei ein schwieriges Arbeiten gewesen, die Kolleg*innen hätten nur sporadisch teilgenommen. Jetzt gebe es einen Fachkreis Frühe Hilfe und Kinderschutz. Es gebe mindestens 4 Arbeitssitzungen pro Jahr inklusive einer gemeinsamen Fortbildung. Man kooperiere weiterhin mit verschiedenen Partnern, unter anderem

dem staatlichen Schulamt, der Polizei, dem Krankenhaus, mit städtischen Einrichtungen, etc. Man werde dazu in den nächsten Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII erneut berichten.

Es wird mit Herrn Ströber vereinbart, dass er das Thema erneut im Unterausschuss Jugendhilfeplanung behandeln werde. Man werde Herrn Richter dazu einladen.

6.10 Sachstand zu Skaten unter der Humboldtbrücke

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da die eingeladenen Akteure nicht teilnehmen können.

6.11 Ergebnis Machbarkeitsstudie Kantstraße/ Flächenprüfung Erweiterung Hannah-Arendt-Gymnasium (5)

Frau Kopetzki, Projektmitarbeiterin der SEHW Architektur GmbH, stellt das Ergebnis anhand einer Präsentation vor (Anlage 3).

In der anschließenden Diskussion werden Detailfragen zu der Studie geklärt. Die Ergebnisse der Studie würden in die Fortschreibung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung einfließen, womit man sich ab 2025 beschäftigen werde.

Herr Reimann stellt die Fortführung der Ausschusssitzung nach 20:00 Uhr (laut Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses werden nach 20:00 Uhr keine weiteren Tagesordnungspunkte begonnen) zur Abstimmung.

Abstimmung:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 1

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Anlage 1 Anlage 3 zur Niederschrift öffentlich vom 18.04.2024 - TOP 6.11 (öffentlich)

7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat am 07.03.2024 getagt.

Zum Sachstand zur Evaluation Arche-Stelle wurde besprochen, dass im vorherigen Unterausschuss unter Tagesordnungspunkt 2 eindeutig im Konsens (ohne Widerspruch) festgestellt worden sei, dass der befristet festgelegte Projektstatus der Stellenverschiebung zur Arche beendet werden soll. Diese Stelle solle zurück nach Babelsberg gehen. Eine bedarfsbezogene externe Prüfung sei als nicht notwendig gesehen worden, da der Bedarf für Babelsberg unstrittig sei. Die Interessenbekundung sei Aufgabe der Verwaltung. Die Regiona-

len Arbeitskreise (RAK) könnten die wahrgenommenen Bedarfe mit der Verwaltung besprechen. Die Verwaltung beende die Zuwendung mit der Arche zu Ende 2024 und führe die notwendigen Gespräche mit der Arche und Regionalen Arbeitskreis.

Die Verwaltung habe bezüglich des Prozesses zur Sozialraumorientierung RAK berichtet, dass der Beschluss des Jugendhilfeausschusses rechtlich korrekt und somit für alle bindend sei. Es müsse unbedingt berücksichtigt werden, dass die Verwaltung die neue Gremienaufgabe in ihrer Vielfalt absichere. In der letzten Sitzung wurde die Stärkung der RAK besprochen. Dort solle in Zukunft die Verwaltung teilnehmen. Hier sei geplant einen neuen Jugendhilfebeschluss seitens der Verwaltung vorzubereiten. Der Beschluss von 2022 müsse dann außer Kraft gesetzt werden. Die Verwaltung entwirft eine Beschlussvorlage für die Maisitzung des Jugendhilfeausschusses mit einer Prozessbeschreibung, Evaluierungsaussagen und Aussagen zur Beendigung der vorhergehenden Beschlüsse.

Im kommenden Jugendhilfeausschuss werde man eine tabellarische Übersicht zum Umsetzungsstand des SGB VIII seitens der Verwaltung präsentieren. Für eine effiziente Planung sei es erforderlich, zu erwartende Konkretisierungen, Änderungen und Neuerungen rechtzeitig im Blick zu behalten. Daher sei die Darstellung als prozessorientiert zu betrachten. Es fehle jedoch an einigen Stellen noch konkrete Ausführungen des Landes für die Aufgaben. Weitere Umsetzungsschritte könne man regelmäßig darlegen lassen.

Zum Jugendförderplan gebe es seitens der Verwaltung eine neue Zeitschiene. Dies werde man jedoch zunächst mit dem Unterausschuss in dessen nächsten Sitzung abstimmen. Eine Vorstellung sei für die Maisitzung des Jugendhilfeausschusses geplant.

Bezüglich der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe habe Herr Prof. Dr. Hafezi verfügt, dass vom Fachbereich 21 Bildung und Sport Frau Glaser und vom Fachbereich 23 Kinder, Jugend und Familie Herr Richter zukünftig teilnehmen werden. Dies gelte bis die neue Fachbereichsleitung 23 da sei.

Mit dem Unterausschuss werde man voraussichtlich am 13.06.2024 tagen, sofern die geplante weitere Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.06.2024 stattfinde. Der Unterausschuss bittet den Jugendhilfeausschussvorsitzenden die weiteren Termine des Jugendhilfeausschusses für 2024 zu terminieren.

Es kommt die Frage auf, ob die Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses am Samstag, den 15.06.2024 weiterhin geplant sei. Dies sei bestätigt worden.

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

AG HzE

Die AG hat nicht getagt.

AG Kita

Die AG hat nicht getagt.

8 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet, dass am 25.03.2024 der Auftakt des Bündnis Kita stattgefunden habe. Dort habe man festgestellt, dass es immer Betroffenheit bedarf, wenn man sich den Herausforderungen widmen möchte. In den nächsten Wochen sei man mit einer Podcasttour in Potsdam unterwegs. Man werde sich in den verschiedensten Wahlkreisen mit den Fraktionen austauschen. Danach starte die Fortsetzung der bereits schon einmal stattgefundenen Fahrradtour durch Brandenburg. Potsdamer und Cottbusser Eltern besuchen Brandenburger Kitas und Schulen, um vor Ort ins Gespräch zu kommen. Am 15.05.2024 finde der KITAKOLLAPS Aktionstag auch in Potsdam statt. Es würden mindestens 12 Potsdamer Einrichtungen schließen, dazu werde es den ganzen Tag über in Potsdam Demos geben.

Weiterhin bittet Herr Witzsche um eine Rückmeldung zu der E-Mailanfrage vom Kita-Elternbeirat vom 11.04.2024:

„[...] in der heutigen MAZ war ein Artikel zu einer Einwohnerversammlung in der Waldstadt, bei der es im Rahmen des Sonderbauprogramms auch um eine Tagesstätte/Kita für schwerst mehrfach behinderte Kinder ging. Hierzu haben wir einige Fragen und würden uns freuen, wenn Sie Ihre Antworten und einen aktuellen Planungsstand im Rahmen der nächsten JHA-Sitzung vorstellen.

Die größte Irritation entstand durch das Zitat von Frau Kitzmann, dass die Kinder sich nicht selbst bewegen können und daher auch keine Spielflächen im Freien brauchen. Diese Aussage wäre, wenn sie so getroffen wurde, aus unserer Sicht unhaltbar und diskriminierend.

Weiterhin würde uns interessieren, ob die Planung der Einrichtung auf Basis der IKSEP erfolgt oder sich aus einer anderen Bedarfsermittlung ergibt, ob bereits fest steht, wer Träger der Einrichtung sein wird und ob in dem Fall eine Ausschreibung stattgefunden hat oder geplant ist.

Gern können wir uns auch im Vorfeld der Sitzung schon dazu austauschen. [...]“

Herr Prof. Dr. Hafezi antwortet, dass es sich in dem Zeitungsartikel um kein Zitat von Frau Kitzmann handeln würde. Dies sei dringend zu beachten. Weiterhin handle es sich nicht um eine klassische Kita, sondern um eine Tagesgruppe für schwer mehrfachbehinderte Kinder. Sie sei deshalb nicht Bestandteil der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung bzw. der Bedarfsplanung des Geschäftsbereiches 2 Bildung, Kultur, Jugend und Sport, sondern die Bedarfsermittlung erfolge über den Fachbereich 38 Soziales und Inklusion. Nach Rücksprache mit diesem erfolge die Bedarfsermittlung durch die integrierte Sozialplanung in Zusammenarbeit mit dem Bereich der Eingliederungshilfe von Kinder und Jugendlichen, welche die jeweiligen Bedarfe feststellen und aufnehmen. Es sei darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um einen sehr speziellen und kleinen Kreis von insgesamt bis zu 15 Personen stadtwweit handle. Man befinde sich in einem frühen Stadium der Vorplanung. Ferner würden dazu Abstimmungsgespräche mit dem zuständigen Ministerium stattfinden, in welchem auch die entsprechenden Voraussetzungen und notwendigen Flächen abstimmt würden. Außerdem stünde aktuell der Träger für die Einrichtung noch nicht fest. Es handle sich um keine ausschreibungspflichtige Leistung.

Frau Magnussen, Psychiatriekoordinatorin im Fachbereich 33 Öffentlicher Gesundheitsdienst

der Landeshauptstadt Potsdam, ergänzt, dass es laut der Presse eine sehr hitzige Einwohnerversammlung in dem Stadtteil gegeben hätte. Die Bedarfe in der Saarmunder Straße seien auf verschiedensten Grundlagen entstanden. Dazu habe sich ein sehr breites Spektrum an Koordinatoren getroffen. Im fortlaufenden Prozess würden verschiedene Bedarfe festgelegt werden. Wo können diese Bedarfe zeitnah oder mittelfristig umgesetzt werden? Aktuell sei man in der Planung und versuche in der Saarmunder Straße Räumlichkeiten zu finden. Sie bestätigt, dass es dazu noch keinen Träger gebe und man in der Anfangsphase der Planung stünde.

9 Anträge

9.1 Kinder- und Jugendportal 2025/2026

geändert beschlossen

Frau Tietz bringt den Antrag ein.

Frau Hoffmann, Sachbearbeiterin Medienberatung u. Medienerziehung in der Arbeitsgruppe 2301 Strategie, Bildung und Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass die Landeshauptstadt Potsdam mit dem Kinder- und Jugendportal hastnplan.de eine gute Plattform geschaffen habe, um Kinder- und Jugendbeteiligung und das Recht auf altersentsprechend aufbereitete Informationen sicherzustellen, wie es im Konzept von 2021 Kinder- und Jugendinformation und vom Aktionsplan 2017 Kinder- und Jugendfreundliche Kommune festgelegt wurde. Bis jetzt seien kaum Mittel für redaktionelle Arbeiten vorhanden. Genauso sei das Budget für Öffentlichkeitsarbeit in Form von Social Media Angeboten sehr gering. Da die Seite erst seit ca. einem Jahr online sei, mache eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit Sinn, um deren Existenz in der Zielgruppe weiter bekannt zu machen. Eine Evaluation, ob die Internetseite von der Zielgruppe genutzt werde, sei zweckmäßig, um sicherzustellen, dass die Zielgruppe erreicht werde und ob das Angebot entsprechend genutzt werde. Das Kinder- und Jugendportal sei ein Angebot, das Informationen zielgruppengerecht darstelle und Teilhabe ermögliche. Diese sei aus fachlicher Sicht sinnvoll und notwendig.

Herr Reimann erläutert, dass es sinnvoll wäre einen Direktbeschluss im jetzigen Jugendhilfeausschuss vorzunehmen und keine Überweisung in die Stadtverordnetenversammlung. Aufgrund der endenden Legislatur würde ein Antrag in der Stadtverordnetenversammlung erst nach der Sommerpause in der neuen Legislatur beschlossen werden können.

Es wird seitens der Antragstellenden zugestimmt und einige Änderungen im Antragstext vorgenommen.

Herr Reimann stellt die geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Der Fachbereich 23 wird beauftragt das Das Angebot "Kinder- und Jugendportal Potsdam", das die Medienwerkstatt Potsdam im fjs e.V. für die LHP seit 2022 umsetzt, **wird** für den Zeitraum von zwei Jahren, beginnend mit dem 01.01.2025, weiterzuentwickeln ~~weiterentwickelt~~ und als Modellprojekt durch die LHP **zu fördern** ~~gefördert~~.

Das Angebot wird evaluiert. Über den aktuellen Sachstand wird spätestens Anfang 2026 in

der AG Jugendförderung und im Jugendhilfeausschuss erneut berichtet, um über eine Vertagung ab 01.01.2027 und damit die Aufnahme in den Jugendförderplan zu befinden.

Dem Jugendhilfeausschuss und der AG Jugendförderung ist über den Stand der Verlängerung des Modellprojekts in der Oktober-Sitzung 2024 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Anlage 1 TOP 9.1_Kinder- und Jugendportal 2025_2026 (öffentlich)

10 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

10.1 Anerkennung des Trägers FidL gGmbH gemäß § 75 SGB VIII

24/SVV/0439
ungeändert beschlossen

Frau Ukrow, Jugendhilfeplanerin in der Arbeitsgemeinschaft 2301 Strategie, Bildung und Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam, bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Anerkennung des Trägers FidL – Frauen in der Lebensmitte gGmbH als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

10.2 Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS

24/SVV/0462
vertagt

Der Tagesordnungspunkt entfällt, da die eingeladenen Akteure nicht teilnehmen können und wird auf die Maisitzung vertagt.

11 Sonstiges

Keine Anmerkungen.

Vorsitz:

Tiemo Reimann

Protokollführung:

Eva Thäle